

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

vol. XXI, No. 4–2005

## **WTO AT THE CROSSROADS Stand und Perspektiven des Welthandelsregimes**

Schwerpunktredaktion: Werner Raza

**Mandelbaum** Edition Südwind

## Inhaltsverzeichnis

- 4 Editorial
  
- 6 KUNIBERT RAFFER  
Reinforcing Divergence between North and South:  
Unequal Exchange and the WTO Framework
  
- 25 ALEXANDRA STRICKNER  
Die Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des  
Agrarhandels – Reduktion unfairen Protektionismus’ oder ein  
Schritt in Richtung Nahrungsmittelsouveränität?
  
- 44 PETER DRAHOS  
An Alternative Framework for the Global Regulation of Intellectual  
Property Rights
  
- 69 CHRISTINA DECKWIRTH, STEFAN SCHMALZ  
Die EU im globalen Handelssystem –  
zwischen Bi- und Multilateralismus?
  
- 93 WERNER RAZA  
Fairer Handel und Global Governance oder De-Globalisierung:  
Positionen der alter-mondialistischen Bewegung zur Zukunft des  
globalen Handelsregimes
  
- 112 Rezension
- 116 Autorinnen und Autoren
- 120 Impressum

WERNER RAZA\*

## **Fairer Handel und Global Governance oder De-Globalisierung:**

Positionen der alter-mondialistischen Bewegung zur Zukunft des globalen Handelsregimes

### **1. Einleitung**

Die von der so genannten globalisierungskritischen Bewegung, oder besser – in Anlehnung an die französische Bezeichnung *mouvement altermondialiste* – der „alter-mondialistischen Bewegung“ (in Folge: Bewegung), für die 5. Ministerkonferenz der WTO in Cancún im September 2003 vorgegebene Parole „Derail the WTO“ zeitigte bekanntlich beträchtliche Wirkung. Die Konferenz scheiterte, auch wenn zentrale Gründe dafür anderswo zu verorten sind als allein im zivilgesellschaftlichen Widerstand. Es lässt sich aber kaum bestreiten, dass das Ziel des sich intensivierenden Protests einer Vielzahl von sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die WTO als eine zentrale Organisation der herrschenden Global Governance zu destabilisieren, vorübergehend erreicht wurde (zur Kritik vgl. Brand 2005; Behrens 2005).

Das hat sowohl bei den BefürworterInnen der WTO als auch bei deren GegnerInnen die Frage verstärkt in den Vordergrund rücken lassen, wie die Zukunft des multilateralen Handelsregimes und der WTO als dessen zentraler Organisation aussehen soll. Naturgemäß gibt es aufseiten der WTO-ProponentInnen eine gewisse Unzufriedenheit über die schlechte Performance der WTO. Zentral zu nennen sind hier die mangelnden Fortschritte der seit November 2001 laufenden Doha-Verhandlungen. Letztere waren anlässlich der 3. WTO-Ministerkonferenz in Doha/Qatar mit zweijähriger Verspätung begonnen worden. Anfänglich wurden daran große Hoffnungen geknüpft. Nach dem Scheitern der 5. Ministerkonferenz im September 2003 in Cancún verfolgten diese jedoch. Der damalige EU-Handelskommissar Pascal Lamy bezeichnete die WTO daraufhin als „mittelalterlich“. Konkret gemeint hat er damit die schwierigen Verhandlungsabläufe und Entscheidungsfindungsprozesse. Sein Ausspruch war aber auch Zeichen einer weithin unter den FreihandelsbefürworterInnen anzutreffenden, zunehmenden

den Frustration mit dem WTO-Regime. Elaboriertere Überlegungen zur Reform der WTO halten sich aufseiten der BefürworterInnen aber mit Ausnahme des 2005 im Auftrag des WTO-Generaldirektors Supachai Panitchpakdi erstellten sog. Sutherland-Berichts bislang in Grenzen (vgl. Sutherland et al. 2004).

Aufseiten der WTO-KritikerInnen haben die jüngsten Erfolge der Bewegung den Eindruck verstärkt, dass die Bewegung die Phase ihrer inhaltlichen und politisch-organisatorischen Formierung abgeschlossen hat und nunmehr dabei ist, in eine neue Phase ihrer Entwicklung einzutreten. Das führt geradezu zwangsläufig dazu, dass nicht mehr primär darüber debattiert wird, wogegen die Bewegung kämpft. Darüber besteht grosso modo Einigkeit. Vermehrt rücken Diskussionen darüber in den Vordergrund, für welche konkreten alternativen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorstellungen die Bewegung eintreten soll.<sup>1</sup> Erwartungsgemäß gehen die Ansichten dazu beträchtlich auseinander, sowohl was die konkreten inhaltlichen Ausgestaltungen angeht als auch die dabei zu wählende strategische Vorgangsweise (vgl. Fischer/Jäger/Faschingeder/Strickner 2003).

Wissenschaftliche Beobachter wie Christian Arnspurger (2004) beurteilen die gegenwärtige politisch-strategische Situation der Bewegung ambivalent. Nach Cancún und dem großen Weltsozialforum von Bombay 2004 sei klar, dass die Bewegung an einer Wegscheide angekommen sei. Einerseits sei die Vielfalt der Bewegung wie auch die Unschärfe im Hinblick auf den zu bekämpfenden „Feind“ ein großer Vorteil gewesen in der ersten Phase der Formierung der Bewegung, wo es darum gegangen sei, eine möglichst breite Koalition aufzubauen. Andererseits drohe diese Vielfalt und Unschärfe zu einer Belastung zu werden, wenn es zunehmend notwendig wird, konstruktive Vorschläge hin zu einem umfassenden Wandel der politischen Institutionen zu machen. Die Herausforderung besteht für Arnspurger daher darin, diesen nunmehr auftretenden inhärenten Widerspruch produktiv aufzulösen. Ein erster Schritt bestünde aber nicht darin, übereilt konkrete politische Alternativen vorzuschlagen – diese könnten die Einigkeit und Vielfalt der Bewegung rasch überstrapazieren –, sondern dieser erste Schritt müsste darin bestehen, für die Schaffung eines politischen Raums kollektiven Experimentierens zu kämpfen (ähnlich Naomi Klein 2002).

Arnspurger betont, dass diese Problematik nichts Neues sei, sondern sich historisch auch schon der sozialistischen Bewegung gestellt habe. Es käme also zunächst darauf an, außerhalb wie innerhalb der Bewegung einen umfassenden Reflexions- und Meinungsbildungsprozess zu gestalten, in den alle einbezogen werden. Dieser politische Prozess müsse jedenfalls prioritär zur Frage der Entwicklung einer inhaltlichen Alternative gesehen werden. Es gehe also jetzt

nicht um die Durchsetzung eines der konkurrierenden alternativen Konzepte – wie De-Globalisierung, Lokalisierung, Fair Trade, etc. – gegenüber den anderen, sondern darum, die Machtbalance der herrschenden Institutionen globaler Governance zu schwächen. Dadurch erst werde es möglich, ihnen eine andere diskursive Ordnung aufzuzwingen, welche der Bewegung einen gleichberechtigteren Platz im politischen Diskurs einräumt. Erst dadurch könne, so Arnspurger, jener demokratische Raum des Experimentierens geschaffen werden, der es ermöglicht, so unterschiedliche Optionen wie Weltmarktintegration oder Abschottung vom Weltmarkt, um z.B. nicht-kapitalistische Alternativen zu erproben, als gleichermaßen legitime Optionen zu akzeptieren. Das erfordert freilich tief greifende Reformen der bestehenden globalen Institutionen, ist aber für Arnspurger die einzige Möglichkeit, sowohl die inhaltliche Vielfalt als auch die Einheit der Bewegung zu bewahren und damit die Fehler früherer sozialer Bewegungen zu vermeiden.

Auch wenn Arnspurger in seiner Warnung vor übereilten politischen Alternativvorschlägen grundsätzlich zuzustimmen ist und die Bewegung noch weit davon entfernt ist, jene nachhaltige Änderung der diskursiven Ordnung durchgesetzt zu haben, welche Alternativen zur neoliberalen Globalisierung auf breiter Basis legitim erscheinen lässt, so wird die Bewegung mittelfristig nicht umhin kommen, alternative Vorstellungen über Form und Inhalt internationaler Regulierung zu artikulieren. Dies im Wesentlichen aus zwei Gründen: Gerade der zunehmende Erfolg im Kampf gegen die herrschende Form der Global Governance erhöht zum einen die Erwartungshaltungen der eigenen AnhängerInnenchaft wie der kritischen Öffentlichkeit insgesamt, spezifischere Aussagen zur Frage zu tätigen, in welcher Weise die immer wieder evozierte „andere Welt“ konkrete Gestalt annehmen könnte. Zum anderen deshalb, da jedwede Umsetzung alternativer gesellschafts- und wirtschaftlicher Konzeptionen einen zumindest lokalen Freiraum erfordert, der durch Eingriffe in die herrschende globale Wirtschafts- und eben auch Handelsgovernance erst geschaffen werden muss.

Die Formulierung von akzeptanzfähigen gesellschaftlichen Gegenentwürfen und politischen Alternativen ist aber zweifellos ein komplexes und langwieriges Unterfangen. Nichtsdestoweniger läuft die Diskussion dazu schon seit einiger Zeit, und das mit zunehmender Intensität. Die Debatte lässt sich grob gesprochen in zwei große und teilweise konfligierende Strömungen einteilen. Die eine ließe sich wohl als reformistisch bezeichnen, da sie mit den herrschenden Institutionen und einem sich zunehmend internationalisierenden Kapitalismus nicht grundsätzlich bricht, sondern ihn humaner gestalten möchte. Die andere, radikale Strömung hält die herrschenden politischen Institutionen für überholt und zielt, wenn nicht explizit auf eine anti-kapitalistische, so doch auf

eine post-kapitalistische Ordnung ab, die Platz lässt für eine Vielzahl v.a. regional bzw. lokal verankerter Lebens- und Wirtschaftsformen.

Bezogen auf das internationale Handelsregime, konkret die WTO, verläuft diese Diskussion analog. Die reformistische Linie übt an der WTO zwar eine teilweise harsche Kritik, stellt sie aber als Organisation nicht grundsätzlich in Frage. Die andere Linie hält die WTO für nicht reformierbar und will sie daher entmachten bzw. überhaupt abschaffen und durch eine andere (UNCTAD) bzw. durch eine neu zu schaffende Organisation ersetzen. Wie die Vorstellungen der beiden Strömungen im Einzelnen aussehen, soll in den beiden folgenden Kapiteln näher erläutert werden.

## **2. Die reformistische Strömung: Fairer Handel und *Global Governance***

Zu den VertreterInnen der reformistischen Strömung gehören vor allem Gewerkschaften – besonders deren europäische (ETUC) und internationale Dachverbände (ICFTU, Global Unions Group) – gewisse moderatere NGOs im Entwicklungs- und Umweltbereich (z.B. Oxfam, WWF), kirchliche Organisationen und eine breite Palette von Think-Tanks und Organisationen im Umfeld sozialdemokratisch und ökologisch ausgerichteter Parteien (z.B. die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD und die Heinrich Böll-Stiftung der deutschen Grünen). Auch ein Flügel der globalisierungskritischen Organisation Attac mit Susan George als zentraler Protagonistin ist der reformistischen Strömung zuzurechnen.

Globalisierung als ein Prozess der internationalen ökonomischen Integration vermittels steigender Handels-, Kapital- und Informationsströme wird von den VertreterInnen der reformistischen Strömung der Bewegung nicht grundsätzlich abgelehnt. Ihre Kritik richtet sich v.a. gegen die von den zentralen Akteuren der herrschenden Globalisierung (IWF, Weltbank, WTO) vertretene Ideologie des Neoliberalismus und die davon abgeleiteten politischen und ökonomischen Programme und Aktionen (vgl. z.B. ICFTU 2004: 10). Die herrschende, neoliberal überformte Globalisierung, so die Kritik, führe zu einem politisch und sozial entfesselten Kapitalismus, dessen destruktive, v.a. sozial und ökologisch verortbare Potenziale die positiven Aspekte überwiegen. Theoretisch unterfüttert ist diese Kritik typischerweise eher mit Karl Polanyi (z.B. George 2001c), insb. mit dem auf ihn zurückgehenden Begriff des „entbetteten“ Kapitalismus, als mit Konzepten anderer KapitalismuskritikerInnen z.B. marxistisch-sozialistischer (Marx, Luxemburg etc.) Provenienz. Insofern liegt es auch nahe, die Lösung der konstatierten Probleme nicht in einer wie immer gearteten Aufhebung bzw. Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise

zu sehen, sondern eine Wiedereinhegung des herrschenden Wirtschaftssystems in ein politisch definiertes, sozial und ökologisch orientiertes Rahmenregelwerk zu fordern. Aufgrund der fortgeschrittenen Globalisierung und der Ablehnung eines Zurückfalls in einen nationalstaatlich verfassten Protektionismus muss diese „Zähmung des Marktes“ maßgeblich auf internationaler Ebene passieren, wie Susan George (2001a) betont: „Surely we all agree that the world trading system, like any other system, needs rules. [...] Personally, I would like them to be international, world-wide rules.“

Worum es demnach geht, ist die Etablierung eines globalen Regelwerks auf Basis einer alternativen wirtschaftspolitischen Konzeption. Susan George (2001b, c) und andere wie z.B. Joseph Stiglitz (2002) sehen in einer „new, updated and globalised Keynesian strategy“ den Ansatzpunkt für eine alternative Weltwirtschaftsordnung. George ist wenig explizit, was den theoretischen Referenzrahmen einer solchen Strategie betrifft, die Parallelen zu Vorstellungen eines internationalen bzw. globalen Keynesianismus, wie sie im Anschluss an den Brandt-Bericht seit Anfang der 1980er Jahre diskutiert wurden, sind aber evident (vgl. Köhler 1999). Der Cambridger Ökonom Ajit Singh hat in einem Vortrag im europäischen Parlament im März 2004 die Eckpunkte einer „kooperativen Globalisierung“ auf Grundlage einer keynesianischen Sichtweise dargelegt.<sup>2</sup> Explizit bezog er sich auf John Maynard Keynes, indem er sich mit diesem gegen unbeschränkten Freihandel und gegen einseitige Abhängigkeitsbeziehungen von Ländern wandte. Er trat bzgl. des internationalen Handels bzw. des Kapitalverkehrs für eine Strategie des *managed trade* bzw. der *managed capital flows* ein. Als Beispiel nannte er Japan und Südkorea, welche eine solche strategische Handelspolitik durchaus dazu genützt hätten, um sich wirtschaftlich zu entwickeln. Die momentanen Hauptprobleme der Weltwirtschaft, nämlich Massenarbeitslosigkeit, zu geringes Wirtschaftswachstum und zunehmende soziale Ungleichheit können laut Singh nur dadurch gelöst werden, dass die effektive Nachfrage durch die Kooperation der führenden Industrienationen global stimuliert würde. Dies verlange eine kooperativere Haltung v.a. der USA als führender Wirtschaftsmacht. Die USA müssten vom vorherrschenden engen merkantilistischen Kalkül abrücken und bereit sein, ihrer makroökonomischen Verantwortung für die Weltwirtschaft nachzukommen (vgl. auch Singh 2002, 2004, 2005). Singh argumentiert also für eine kooperative Globalisierung, die auf regulierten Handels- und Kapitalströmen und makroökonomischer Zusammenarbeit beruht, kurz für einen Keynesianismus auf globaler Ebene. Ähnliche Argumentationsmuster finden sich auch bei anderen Intellektuellen, prominent etwa bei Joseph Stiglitz (2002), oder in der wissenschaftlichen Diskussion im Umkreis von Attac Deutschland (vgl. Sauer 2004):

Für George besteht der wirtschaftspolitische Kern einer solchen keynesianisch orientierten Strategie konkret in einem „planetary contract“ nach dem Vorbild des Marshall Plans.<sup>3</sup> Damit ist ein globales öffentliches Investitionsprogramm (nach George 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr für zehn Jahre) mit drei Schwerpunkten gemeint: (a) Investitionen in Umweltschutz und in saubere bzw. erneuerbare Energien, (b) ein umfassendes Programm zur Bekämpfung der Armut und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Trinkwasser, Wohnung, Gesundheit und Bildung sowie (c) demokratische Konditionalität für die Empfängerländer. Finanziert würde ein solches Programm primär über die Einführung einer Tobin-Steuer auf internationale Finanz- und Währungstransaktionen, eine internationale Steuer auf Firmenfusionen sowie eine einheitliche Gewinnsteuer für transnationale Unternehmen. Last but not least sollten allen Entwicklungsländern ihre Schulden gestrichen werden.

Den herrschenden internationalen Organisationen wird hinsichtlich der Umsetzung eines solchen globalen Keynesianismus' wenig Vertrauen entgegengebracht. Insbesondere die Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank sehen sich mit Forderungen nach ihrer Abschaffung konfrontiert (International Forum on Globalization 2002). Auch die WTO wird mit harscher Kritik konfrontiert, wenn sie vehement als für die Öffentlichkeit geschlossener Club von Handelspolitikern, Diplomaten und Wirtschaftslobbyisten charakterisiert wird, der fernab von demokratischer Kontrolle und Verantwortlichkeit agiere (siehe z.B. Jawara/Kwa 2003). In inhaltlicher Hinsicht drehen sich die Vorschläge für eine alternative handelspolitische Agenda um das mitunter recht vage bleibende Leitbild des „Fairen Handels“. Dessen Kern bilden im Wesentlichen drei Bereiche: (a) Die verbindliche Verankerung der von der WTO als *non-trade-concerns* bezeichneten Bereiche des Umweltschutzes, von ArbeitnehmerInnen- und Sozialstandards, des Schutzes der kulturellen Vielfalt und der öffentlichen Gesundheit im WTO-Regelwerk, (b) den Ausbau von WTO-Regelungen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt – insb. durch den Abbau von handelsdiskriminierenden Subventionen im Bereich Landwirtschaft – erleichterten Zugang für Exporte von Entwicklungsländern in die Industrieländer sowie großzügigere Ausnahmeregelungen bzgl. Zollabbau, Marktöffnung und Subventionierung heimischer Industrien für Entwicklungsländer sowie (c) die Stabilisierung von für Entwicklungsländer wichtigen Rohstoffpreisen (vgl. OXFAM 2002; International Forum on Globalization 2002; Heinrich Böll Stiftung 2004; GUG/WCL/ETUC 2005).

Gemeinsam ist der reformistischen Strömung, dass die grundsätzliche Sinnhaftigkeit eines multilateralen Systems der Handelsgovernance nicht in-



frage gestellt wird (vgl. etwa Lal Das 2003; Unmüßig 2004). Auseinander gehen allerdings die Meinungen hinsichtlich der Frage, welche Rolle die WTO als zentrale Organisation des herrschenden multilateralen Handelssystems zukünftig einnehmen soll. Das heißt konkret: Ob die Kompetenzen der WTO als Folge der Implementierung der beschriebenen alternativen Agenda aufgewertet werden sollten oder nicht. Während v.a. die Gewerkschaften und ein Teil der Umweltorganisationen für die Verankerung von *non-trade-concerns* wie insb. Sozial- und Umweltklauseln in das WTO-Recht eintreten bei gleichzeitiger Intensivierung der Kooperation mit anderen internationalen Organisationen, insb. der ILO (vgl. ICFTU 1999) und den multilateralen Umweltabkommen (vgl. WWF 2003), lehnt z.B. der reformistische Flügel von Attac eine solche Aufwertung der WTO ab. Stattdessen soll die WTO keine neuen Kompetenzen – z.B. zur Regelung von Investitionen, Wettbewerb, öffentlicher Auftragsvergabe erhalten. In Bezug auf Arbeitnehmerrechte, Gesundheits- und Umweltschutz soll die WTO dem von bestehenden internationalen Organisationen – wie der ILO oder der WHO bzw. einer zu gründenden internationalen Umweltorganisation – kodifizierten Recht unterworfen werden. Langfristig wird angestrebt, Kompetenzen der WTO sukzessive auf andere Organisationen zu übertragen, insb. auf die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen wie z.B. die UNCTAD hinsichtlich der Entwicklungsförderung (vgl. International Forum on Globalization 2002). Das Streitbeilegungsgremium der WTO soll aus der Organisation herausgelöst werden und in einer bei den Vereinten Nationen eingerichteten internationalen Streitbeilegungsorganisation aufgehen. Deren Rechtsprechung soll neben dem Handelsrecht auf gleichberechtigter, wenn nicht vorrangiger Ebene der gesamte internationale Rechtsbestand in den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz, Soziales und Arbeitnehmerrechte zugrunde liegen (Attac 2003). Eine derart abgespeckte WTO würde dadurch ihre derzeitige Machtposition einbüßen, die institutionelle Balance würde sich – so die Hoffnung – zugunsten der die Umwelt, Entwicklungs- und Arbeitnehmerrechte vertretenden Organisationen verschieben. Im Ergebnis wäre eine sozial und ökologisch ausgewogenere und damit auch demokratisch besser legitimierte Global Governance der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erreicht.

Das realpolitische Dilemma dieses alternativen Designs in zwei Ausprägungen ist ein doppeltes: Die insb. von den Gewerkschaften geforderte Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards im WTO-Regelwerk ist zwar realistischer, da sie die institutionellen Präferenzen der wichtigsten Wirtschaftsmächte für die WTO und gegen die Vereinten Nationen und ihre diversen Sonderorganisationen (UNDP, UNEP, UNCTAD) akzeptiert. Gerade ange-

sichts der herrschenden Machtstruktur steht aber zu erwarten, dass eine solche Integration von *non-trade-concerns* in das WTO Regelwerk allenfalls nur in vergleichsweise schwacher Form erfolgen wird, während gleichzeitig davon auszugehen ist, dass die WTO dies ihrerseits zur Steigerung der eigenen Legitimation nützen wird. Das könnte dazu führen, dass der Einflussbereich der WTO zulasten anderer Organisationen sogar noch zunimmt. Andererseits ist die Konzeption von Attac aber konsequenter, da sie auf eine nachhaltige Veränderung der institutionellen Machtbalance abzielt. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass eine Schwächung der WTO von den wichtigsten Handelsmächten und den sie stützenden Wirtschaftslobbys damit beantwortet würde, sich aus der multilateralen Handelsgovernance zurückzuziehen und verstärkt uni- und bilateral zu agieren (zur US-Strategie vgl. Behrens 2005: 261ff.). Dieses Dilemma sollte aber die beteiligten AkteurInnen nicht dazu verleiten, die beiden Varianten in Konkurrenz zueinander zu bringen mit dem Ziel, eine Entscheidung zugunsten einer der beiden herbeizuführen. Eine Schwächung der gesamten Bewegung wäre die Folge. Auch unter strategischen Überlegungen wäre es nachteilig. Die strategisch günstige Auflösung des Dilemmas könnte nämlich darin bestehen, dass – eine nachhaltige soziale Mobilisierung vorausgesetzt – die beiden Varianten und die sie tragenden AkteurInnen sich komplementär zueinander verhalten, dass also ab einem gewissen Punkt in der Auseinandersetzung die Angst vor einer nicht mehr kontrollierbaren Entwicklung aufgrund der zunehmenden Radikalisierung der Bewegung die Bereitschaft aufseiten der WTO-BefürworterInnen zu Zugeständnissen überhaupt erst entstehen ließe.

Die Vision der reformistischen Strömung einer anderen, da gerechteren und auf Kooperation statt Konkurrenz basierenden Steuerung einer sich globalisierenden Weltwirtschaft ist als der Versuch zu werten, auf Basis der grundsätzlichen Akzeptanz struktureller Momente der herrschenden ökonomischen und politischen Entwicklung, ein auf die internationale Ebene transponiertes, wohlfahrtsstaatliches und in der Wirtschaftspolitik keynesianisch orientiertes Regulierungsmodell zu etablieren. Der Charme dieses Ansatzes beruht darin, dass sein Referenzmodell, der keynesianische Wohlfahrtsstaat nationalstaatlicher Prägung, bei allen Schwächen und Defiziten einem nicht zu vernachlässigenden Teil der Bevölkerung in den weltwirtschaftlichen Zentren für einen Zeitraum von rund drei Dekaden zumindest im historischen Vergleich eine beträchtliche Steigerung des Lebensstandards ermöglicht hat. ProtagonistInnen wie Susan George betonen, dass es ihr nicht um eine „undefinable worldwide ‘revolution’ but for a kind of Universal Welfare State“ (2001c: 7) gehe, dessen historische Möglichkeit die Entwicklung der Industriestaaten (USA, UK) im 20. Jahrhundert gezeigt habe. Dass die Umsetzung eines solchen „globalen Keynesianismus“ mit zahlreichen Fragezeichen versehen ist, steht aber außer Zweifel.

### 3. Die radikale Strömung: De-Globalisierung und Lokalisierung

Gemeinsam ist der radikalen Strömung der Bewegung die Ablehnung der Globalisierung als Prozess der Expansion des Kapitals und der umfassenden Kommodifizierung aller Lebensbereiche sowie der sie propagierenden Institutionen, insb. IWF, Weltbank und WTO. Explizites Ziel des politischen Kampfes ist es daher, diese Institutionen – und die sie stützenden gesellschaftlichen Akteure – zu schwächen, wenn nicht sogar „zu versenken“, wie dies mit den anlässlich der letzten WTO-Ministerkonferenzen in Cancún propagierten Slogans „Derail the WTO“ bzw. „WTO: Shrink or Sink“ deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Im Unterschied zur reformistischen Strömung geht es also nicht um die Reform der internationalen Governance im Sinne einer sozialen Einhegung des globalen Kapitalismus, sondern um die explizite Schwächung, wenn nicht sogar Überwindung des Weltmarktzusammenhangs und die Entwicklung post-kapitalistischer Gesellschafts- und Wirtschaftsformen. Vertreten wird diese Auffassung von einer Vielzahl von sozialen Bewegungen (Landlosen-Bewegung, Indigenen-Bewegungen, Via Campesina etc.), linken d.h. in der Regel nicht sozialdemokratischen, Gewerkschaften und Parteien und NGOs bzw. Think-Tanks wie z.B. Focus on the Global South, Polaris-Institute, Public Citizen u.a. Zwei Varianten der radikalen Strömung, die zwar vieles gemein haben, sich in ihren theoretischen Bezügen und politischen Schwerpunktsetzungen jedoch unterscheiden, sollen im Folgenden etwas näher diskutiert werden. Zum einen das Konzept der De-Globalisierung des philippinischen Soziologen und bekannten Bewegungs-Aktivisten Walden Bello, danach das vor allem vom britischen Publizisten und Aktivisten Colin Hines propagierte Konzept der Lokalisierung (Localization).

#### 3.1 De-Globalisierung

Bellos Ansatzpunkt ist eine Analyse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen seit 1945 aus dem Blickwinkel des Südens. Der darin zum Ausdruck kommende *Tiers Mondisme* bezieht sich explizit auf strukturalistische, dependenz- und imperialismustheoretische Ansätze als analytischen Referenzrahmen. Bello sieht demnach die heutige Weltwirtschaftsordnung als fast vollständigen Sieg der kapitalistischen Zentren gegenüber dem globalen Süden. Diskursiv äußert sich dies in der Durchsetzung des „Washington Konsensus“ mit den Kernpunkten Neoliberalismus und Marktradikalismus ebenso wie in der bedingungslosen Verfolgung des Freihandels als Ideologie und Projekt durch die WTO. Waren in den 1960er und 1970er Jahren noch partielle Zugeständnisse gemacht worden, so markierte die Schuldenkrise der frühen 1980er Jahre den Wendepunkt in den internationalen Machtverhältnissen zugunsten der Zen-

tren und deren Hegemonialmacht USA. Die sukzessive Marginalisierung der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, insb. der UNCTAD, die Redefinition der Aufgaben von Weltbank und IWF, die Schaffung der Welt handelsorganisation und der G-7 (bzw. G-8) bilden ein vermachtetes, zentralistisches System der Global Governance, das ganz auf die Interessen der transnationalen Konzerne der Zentren zugeschnitten ist. Jegliche noch im GATT vorhandene Flexibilität zugunsten der Bedürfnisse des globalen Südens ist aus diesem Regime eliminiert (Bello 2005: 23ff.). Bello erteilt daher auch reformistischen Ansätzen in der Hoffnung auf eine menschenfreundlichere Ausgestaltung der herrschenden Weltwirtschaftsordnung und speziell der Handelspolitik, wie sie insb. von OXFAM (2002) vertreten wird, eine klare Absage. Stattdessen gelte es, zunächst ein umfassendes Projekt der Dekonstruktion der Weltwirtschaftsordnung und ihrer zentralen Organisationen umzusetzen mit dem Ziel, diese entscheidend zu schwächen bzw. gänzlich zu entmachten. Daran anschließend sollte dann in einem zweiten Schritt der Rekonstruktion ein flexibles, plurales System der internationalen Governance mit möglichst demokratischen und teilweise neu einzurichtenden Organisationen aufgebaut werden. Dabei wendet sich Bello (2005: 66f.) explizit gegen ein sozialdemokratisch gewendetes, zentrales System der Global Governance, das er als technokratischen Gigantismus abqualifiziert. Wie aber das von ihm umrissene pluralistische Modell der globalen Wirtschaftslenkung konkret aussehen soll, bleibt er in seinen recht vagen Ausführungen schuldig. Diesbezügliche einzige Referenz bildet etwas überraschend die Nachkriegsordnung mit den Bretton-Woods-Organisationen und dem GATT, das laut Bello Elemente eines pluralistischen Systems beinhaltet, insb. mehr Flexibilität und Ausnahmebestimmungen für Entwicklungsländer. Daneben spricht sich Bello für Formen verstärkter regionaler Kooperation aus, die allerdings nicht von oben verordnet sein, sondern „von unten“ ausgehen müssten. Bello sieht also durchaus die Notwendigkeit eines globalen Governance-Regimes als Voraussetzung einer stärker regional/ lokal ausgerichteten Wirtschaftsweise, bleibt aber konkrete Antworten zu dessen institutioneller Ausgestaltung schuldig.

Ziel eines solchen pluralen Systems der globalen Governance bildet die Förderung von selbst bestimmten regionalen und lokalen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen. Anscheinend bleibt für Bello dabei der Nationalstaat aber die vorherrschende politische Organisationsform, wenngleich ein demokratisierter, der Kontrolle durch die Zivilgesellschaft unterworfen. Bello verbindet hier Konzepte der binnenorientierten Entwicklung, der Wirtschaftsdemokratie und des genossenschaftlichen, kooperativen Wirtschaftens. Diese Konzeption von Weltmarktschwächung und lokaler, wenngleich national verfasster Öko-

nomie ist zwar nicht notwendigerweise anti-kapitalistisch, die wesentlichen Widersprüche in Bellos Analyse werden ja zwischen Norden und Süden, zwischen transnationalen Unternehmen und lokaler Wirtschaft etc. verortet, und nicht etwa zwischen KapitalistInnen und LohnarbeiterInnen (zur Kritik vgl. Kaufmann 2005). Insofern bleibt Bello auch die Antwort schuldig, wie nachhaltig die Umsetzung seiner Vision der De-Globalisierung bei gleichzeitigem grundsätzlichen Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsweise mit ihrem Drang zu Akkumulation und Expansion sein kann.

Dies ist kennzeichnend für Bellos Stil. Neben durchaus detaillierten und elaborierten Analysen stehen recht allgemein gehaltene Ausführungen zu den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternativen, die es anzustreben gilt. Dies mag, wie Nachtwey und Strotmann in ihrer Einleitung zu Bello (2005) schreiben, zum Teil dem Wunsch zuzuschreiben sein, die interne Diskussion der Bewegung nicht zu stark vorzugeben, besitzt aber im Vergleich zu den doch recht konkreten Vorschlägen der reformistischen Strömung den Nachteil, für eine breitere Öffentlichkeit in und außerhalb der Bewegung wenig anschaulich und greifbar zu sein.

### **3.2 Lokalisierung**

Colin Hines (*International Forum on Globalisation*) vertritt seit längerem konsequent das Konzept der Lokalisierung. Auch er kritisiert wie Bello explizit jedweden Versuch, mit „Reförmchen“ und partiellen Verbesserungen eine alternative Globalisierung herbeizuführen. Dies sei zum Scheitern verurteilt. Gefordert sei eine radikale Abkehr von den Idealen des Freihandels, der unternehmensgetriebenen weltwirtschaftlichen Integration, des per sozialem Dumping betriebenen Standortwettbewerbs zwischen Staaten u.dgl.m. Dagegen sei ein Internationalismus, der als Austausch von Ideen, Technologien, Information und Kultur verstanden wird, aber auch durch den Handel mit Gütern und Dienstleistungen lokale Ökonomien schützt und stärkt, durchaus zu befürworten.<sup>4</sup>

Unter Lokalisierung versteht Hines (2000, 2001) eine Politik, die zugunsten der lokalen Wirtschaft diskriminiert. Alle Güter sollten grundsätzlich lokal erzeugt werden. Mit „lokal“ kann dabei kontextabhängig eine Region, ein Staat oder ein regionaler Zusammenschluss von Staaten gemeint sein. Die Politiken in Richtung Lokalisierung sind daher solche, welche die Kontrolle der Wirtschaft durch Staaten und lokale Gemeinschaften stärken. Das Resultat einer solchen lokalisierten Wirtschaft wäre mehr soziale Kohäsion, mehr Gleichheit, bessere Lebensqualität und eine Zunahme des Gefühls wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit für die Menschen. Es ginge auch nicht darum, einen allmäh-

tigen Staat zu errichten, sondern einen starken regulatorischen Rahmen, der den lokalen Gemeinschaften die Autonomie gibt, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu gestalten. Sieben konkrete Schritte sind dafür nötig:

1. (Wieder-)Einführung von Schutzmechanismen (*protective safeguards*) zugunsten der lokalen Wirtschaft für eine festzulegende Zeitdauer. Dies sollte zuerst von den großen Wirtschaftsmächten USA und EU sowie anderen regionalen Wirtschaftsblöcken wie Mercosur, ASEAN etc. durchgeführt werden.
2. Eine Politik, welche heimische Produzenten dazu anhält, ihre Güter und Leistungen lokal zu produzieren und zu verkaufen. Unternehmen welche Produktionsverlagerungen vornehmen oder diese androhen, erleiden ökonomische Nachteile, indem sie ihren Absatzmarkt verlieren.
3. Die Schaffung lokaler Geldkreisläufe durch Kapitalverkehrskontrollen, eine Tobin-Steuer, Maßnahmen gegen Steuerflucht und den Aufbau lokaler Banken und Finanzinstitute und lokaler Tauschkreise. Finanztransfers ins Ausland müssen anderen lokalen Wirtschaften zugute kommen.
4. Eine lokale Wettbewerbspolitik zur Kontrolle und Abschaffung lokaler Monopole.
5. Einführung eines Steuersystems, das stark auf der stetig ansteigenden Besteuerung von Ressourcen- und Umweltverbrauch beruht sowie auf Steuern auf (Unternehmens-) Einkommen und Vermögen. Diese Einnahmen sollen teilweise zur Kompensation einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen aufgrund gestiegener Preise sowie zur Entlastung des Faktors Arbeit und damit zur Schaffung von Beschäftigung verwendet werden.
6. Mehr wirtschaftliche und politische Demokratie zur Sicherstellung wirtschaftlicher Effektivität und sozialer Gleichheit. Ein Bürgergeld soll sicherstellen, dass alle BürgerInnen am demokratischen Prozess voll teilnehmen können.
7. Aufbau eines allgemeinen Abkommens für nachhaltigen Handel, das von einer Weltlokalisierungsorganisation (WLO) administriert wird. Aufgabe dieser Organisation soll es sein, den verbleibenden Handel regulatorisch so zu gestalten, dass damit der Aufbau möglichst selbstständiger lokaler Ökonomien gefördert wird
8. Bezüglich des internationalen Handels meint Hines, dieser sei dann lediglich dazu da, Güter zur Verfügung zu stellen, die lokal nicht produziert werden können. Damit werde er auf seine ursprüngliche Rolle zurückgeführt. Die Handelsregeln sollten dann im Sinne des fairen Handels gestaltet werden, die Erlöse also primär lokalen ProduzentInnen und Ar-

beiterInnen unter möglicher Ausschaltung großer Konzerne zugute kommen.

Zur Frage, welche konkreten politischen Schritte notwendig wären, um eine solche Reorientierung herbeizuführen, bleibt Hines die Antworten zu einem guten Teil schuldig. Er betont, dass dafür zunächst ein fundamentales Umdenken und Klarheit über das politische Ziel – eben die lokalisierte Ökonomie – in der Bewegung herzustellen seien. Das erreicht, ginge es dann darum, breite Allianzen zu bilden und die Menschen von der Alternative „Lokalisierung“ zu überzeugen.

Eine Kritik, die von reformistisch-keynesianischer Seite gegen die Konzepte von Bello und Hines vorgebracht wurde, bezieht sich auf deren freihandelskritische Position. Thomas Sauer (2004: 55ff.) unterstellt, dass Bello und Hines das Theorem des komparativen Kostenvorteils generell ablehnen würden. Dies impliziere nicht nur eine Ablehnung des Freihandels, sondern auch jeglicher, und nicht bloß internationaler, Arbeitsteilung. Dieser Vorwurf erscheint jedoch nicht gerechtfertigt. Erstens muss das Theorem des komparativen Kostenvorteils nicht ablehnen, wer den Freihandel kritisiert. Gegen letzteren können ökologische oder soziale Gründe maßgeblich sein, die sich nicht zwangsläufig gegen ersteres wenden. Zweitens bedeutet die Ablehnung des Theorems der komparativen Kostenvorteile keinesfalls notwendigerweise, die internationale Arbeitsteilung bzw. Spezialisierung abzulehnen. Wie ÖkonomInnen in der Tradition von Friedrich List und dem lateinamerikanischen Strukturalismus (vgl. Raffer 1991, 1994) wiederholt gezeigt haben, kann eine internationale Arbeitsteilung auf Grundlage des Theorems der komparativen Kostenvorteile zu Spezialisierungspfaden führen, die langfristig entwicklungs-hemmend wirken. Das liegt daran, dass komparative Kostenvorteile nicht, wie im Theorem üblicherweise angenommen, statisch gegeben sind, sondern dynamisch entwickelt werden müssen. Nicht jede internationale Spezialisierung muss daher wohlstandssteigernd sein. Es kommt daher darauf an, welchen Spezialisierungspfad ein Land einschlägt. Daraus jedoch abzuleiten, dass jede Form von Arbeitsteilung zwischen Ländern bzw. auch innerhalb eines Landes abgelehnt würde, ist verfehlt. Und zwar sowohl in Bezug auf die genannte heterodoxe Tradition als auch im Hinblick auf Hines und Bello. Beiden Autoren geht es um den Aufbau regionaler, ausdrücklich auch makro-regionaler Wirtschaftskreisläufe, wo es selbstverständlich Arbeitsteilung gibt. Sauer moniert, dass hinsichtlich der Frage, wann ein Gut lokal/regional produziert oder importiert werden soll, von beiden Autoren keine konkrete Antwort gegeben wird. Diese Kritik ist zwar zutreffend. Die Geschichte der industriellen Entwicklung aller heutigen Industriestaaten legt aber nahe, dass es nie die komparativen Kostenvorteile

le allein waren, welche Form und Ausmaß der internationalen Integration von Volkswirtschaften festlegten. Dies war immer eine wirtschaftspolitische Entscheidung, in die kontextabhängig unterschiedliche Überlegungen v.a. industrie-, technologie-, regional-, agrar- oder sicherheitspolitischer Natur einfließen (vgl. Bairoch 1975; Chang 2002). Heute gesellen sich dazu insbesondere umweltpolitische Erwägungen. Die Anerkennung der politischen Natur dieser Entscheidung öffnet demgegenüber Räume zur Artikulation und Abwägung der Vor- und Nachteile bestimmter Formen der internationalen Arbeitsteilung in bewusster Abgrenzung gegenüber einem ökonomischen Mainstream, der unter Verweis auf das Theorem der komparativen Kostenvorteile die interessenspolitisch motivierte Internationalisierungsstrategie einer transnationalen Kapitalistenklasse (Van der Pijl 1998) zu legitimieren sucht.

#### **4. Chancen für eine alternative Ausgestaltung der globalen (Handels-)Governance – einige abschließende strategische Überlegungen**

So wichtig und auch spannend die Diskussion um die konkrete Ausgestaltung der „anderen Welt“ auch verläuft, so entsteht doch manchmal der Eindruck, dass die diskursive Ordnung der alter-mondialistischen Debatten aus dem Ruder läuft. Oft kommt es dabei nämlich weniger zu offenen Dialogen um genuin inhaltliche und strategische Fragen der Bewegungspolitik, sondern es wird ein mehr oder minder kontroversieller „Schaukampf“ führender Intellektueller, welche unterschiedliche Flügel abdecken, ausgetragen. Die Veranstaltungen bei den diversen Sozialforen auf regionaler bzw. globaler Ebene gaben dafür Anschauungsunterricht. Speziell in der Auseinandersetzung mit den eingangs ausgeführten Thesen von Christian Arnsberger erscheint es daher äußerst wichtig, die diskursive Prominenz von „Großintellektuellen“ und deren Konzepten als Impuls für breit gestreute und umfassende Diskussionen über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen zu nutzen. Gewiss, das Charisma der genannten Personen war und ist im Hinblick auf die mediale Präsenz ebenso wie für die Mobilisierung breiter UnterstützerInnen äußerst wertvoll. Jedoch muss die öffentliche Vermittlungsfunktion der Intellektuellen eng an die interne Debatte in der Bewegung rückgebunden sein. Das überhasstete Vorpreschen mit inhaltlichen Vorschlägen könnte die öffentliche Legitimität der Bewegung in Frage stellen, sollte sich herausstellen, dass es primär um die Profilierungssucht einzelner Personen geht. Der jetzt von außen zunehmend auf die Bewegung ausgeübte Druck, nach einer Phase der Kritik an den herrschenden Zuständen konkrete Vorschläge und Konzepte für eine andere, progressive Politik vorzulegen, verstärkt diese Tendenz. Die durch prominente



ProtagonistInnen von Attac lancierte Parteiengründung in Frankreich im Jahr 2004 anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament illustriert den bestehenden Druck in Richtung Realpolitik und Eingliederung in das politische Machtgefüge der repräsentativen Demokratie.

Es wird daher entscheidend darauf ankommen herauszuarbeiten, in welchen Bereichen gemeinsame inhaltliche Positionen notwendig sind und in welchen nicht. In den inhaltlichen Auseinandersetzungen der Bewegung geht es dabei nicht darum, das *eine* globale Alternativmodell zu finden. Alternative Entwicklungswege sollten primär regional und lokal diskutiert werden. Dies ist zweifellos ein Prozess, der für die Identitätsbildung der Bewegung und die Durchsetzung einer langfristig notwendigen Gegenhegemonie äußerst wichtig ist. In der Entwicklung eines „utopischen Radikalismus“ (Becker/Fischer/Jäger 2003: 151) und in der Herstellung von Gegenöffentlichkeit liegt auch die eigentliche Rolle von Intellektuellen in der Bewegung.

Die unmittelbare politische Aufgabe besteht aber nach wie vor darin, die von weiten Teilen der Bewegung geteilte strategische Zielsetzung voranzutreiben, *qua* Schwächung des globalen Weltmarktzusammenhangs bzw. der ihn abstützenden Organisationen politische Handlungsspielräume zurückzugewinnen. In dem Maße, in dem dieses Ziel erreicht wird, können dann alternative Modelle in regionalen oder lokalen Kontexten in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, ökonomischen Voraussetzungen und der politischen Willensbildung umgesetzt werden. Im einen Fall mögen diese Modelle dann stärker auf Elemente der Hines'schen Lokalisierung aufbauen, im anderen Fall stärker von keynesianischen oder dritten Überlegungen geprägt sein.

Wenn also die Prämisse geteilt wird, dass die eine globale Alternative gar nicht wünschenswert ist, sondern die strategische Zielrichtung einer Schwächung der Institutionen der herrschenden neoliberalen Global Governance beibehalten und energisch weiterverfolgt werden muss, dann braucht es einen umfassenden Konsens eigentlich nur über diese letzte Frage. Dieser Konsens muss in seiner strategischen Dimension möglichst breit geteilt werden. Allen Beteiligten muss zudem klar sein, dass diese Aufgabe einen langen Atem braucht. Rückschläge werden sicher nicht ausbleiben. Die im Dezember 2005 stattfindende 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong wird der nächste Gradmesser für die gesellschaftliche Stärke und Durchsetzungskraft der Bewegung sein.

Inhaltlich, d.h. zur Frage der konkreten Ausgestaltung einer alternativen Global Governance, ist eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte zwar wünschenswert, aber in der aktuellen Phase nicht unbedingt erforderlich. Die bestehenden inhaltlichen Divergenzen zu Fragen der globalen Regulierungsmechanismen und Institutionen zwischen den stärker reformistischen

und den radikaleren Flügeln der Bewegung gilt es dahingehend produktiv aufzulösen, dass man sich auf eine Arbeitsteilung verständigt, bei der die einen Kritik eher innerhalb der institutionellen politischen Pfade üben, während die anderen „von außen“ Widersprüche und Ambivalenzen zuspitzen. Dieses arbeitsteilige Modell wird dann funktionieren, wenn beiden die strategische Zielsetzung gemeinsam ist. Gibt es in der Bewegung einen Konsens darüber, dass die gesellschaftliche Breite der politischen Bündnisse nach wie vor die zentrale Voraussetzung für ihren langfristigen Erfolg darstellt, dann könnte dies einen gangbaren Weg darstellen.

- \* Der Autor dankt Joachim Becker und Alexandra Strickner für hilfreiche Anregungen und Kommentare. Alle im Beitrag getätigten Aussagen liegen jedoch in der alleinigen Verantwortung des Autors.
- <sup>1</sup> Vgl. z.B. die Strategiedebatte in Nummer 35 des deutschsprachigen Attac-Rundbriefs „Sand im Getriebe“, <http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/index.php>, 29.9.2005.
- <sup>2</sup> Vortrag auf der Konferenz „After Cancún and Bombay: Exchanging views on the alter-globalist movement“, Europäisches Parlament, 22. März 2004 [eigene Mitschrift].
- <sup>3</sup> Vgl. dazu die von Susan George unterstützte Global Marshall Plan Initiative. <http://www.globalmarshallplan.org>, 29.9.2005.
- <sup>4</sup> So Hines bei einem Vortrag auf der Konferenz „After Cancún and Bombay: Exchanging views on the alter-globalist movement“, Europäisches Parlament, 22. März 2004 [eigene Mitschrift].

## Literatur

- Arnsperger, Christian (2004): The alter-globalist movement at the crossroads. Paper presented at the Conference “After Canún and Bombay”, organized at the European Parliament. Brussels, March 22nd, 2004.
- Attac (Hg., 2003): Die geheimen Spielregeln des Welthandels. WTO-GATS-TRIPS-M.A.I. Wien: Promedia.
- Bairoch, P. (1975): Commerce extérieur et développement économique de l'Europe au XIX siècle. Paris: Mouton.
- Becker, Joachim/Fischer, Karin/Jäger, Johannes (2003): Alternative Wissensproduktion und gesellschaftsverändernde Praxis: Zur Rolle der Ideen und Intellektuellen. In: Faschingeder, Gerald/Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Strickner, Alexandra (Hg.): Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Wien: Mandelbaum Edition Südwind, 137-155.
- Behrens, M. (2005): Divergierende Modelle von Global Governance in der Welthandelspolitik. In: Behrens, M.(Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung.

- Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 247-268.
- Bello, Walden (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Herausgegeben von Oliver Nachtwey und Peter Strotmann. Hamburg: VSA.
- Brand, U. (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg: VSA.
- Chang, Ha-Joon (2002): Kicking Away the Ladder. Development Strategy in Historical Perspective. London: Anthem Press.
- Fischer, Karin/Jäger, Johannes/Faschingeder, Gerald/Strickner, Alexandra (2003): Die GlobalisierungskritikerInnen und ihre Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. In: Dies. (Hg.): Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. Wien: Mandelbaum Edition Südwind, 7-18.
- George, Susan [2001a]: Another World is possible: Un autre monde est possible. Symposium Transactions 2001 of the Royal Society of Canada. Ottawa, 17 November 2001. <http://www.tni.org/archives/george/transactions.htm>, 29.9.2005.
- George, Susan [2001b]: Clusters of Crisis and a Planetary Contract. Budapest 18 October 2001. <http://www.tni.org/archives/george/clusters.htm>, 29.9.2005.
- George, Susan [2001c]: The Global Citizens Movement. A New Factor for a New Politics. Budapest 18 October 2001. <http://www.tni.org/archives/george/budapest.htm>, 29.9.2005.
- GUG/WCL/ETUC (2005): Final Trade Union Statement on the Agenda for the 6th Ministerial Conference of the World Trade Organisation (WTO) – Hongkong, 13-18 December 2005, Global Unions Group, World Confederation of Labour (WCL) and the European Trade Union Confederation. <http://www.etuc.org/IMG/pdf/finahongkongwtostatement.pdf>, 29.9.2005.
- Heinrich Böll Stiftung (2004): Nach Cancún. Perspektiven für die Europäische Union. Europabüro der Heinrich Böll Stiftung, Belgien, Oktober 2004. <http://www.boell.be>, 29.9.2005.
- Hines, Colin (2000): Localization – A Global Manifesto. London: Earthscan.
- Hines, Colin/Lang, T. (2001): The new Protectionism of Localization. In: Goldsmith, E./Mander, J. (eds.): The Case against the Global Economy & for a Turn towards Localization. London: Earthscan, 289-295.
- ICFTU (2004): A Trade Union Guide to Globalisation, International Confederation of Free Trade Unions. Brussels, November 2004. <http://www.icftu.org/pubs/globalisation/EN/report.pdf>, 29.9.2005.
- ICFTU (1999): Building Workers' Human Rights into the Global Trading System. International Confederation of Free Trade Unions, o.O., 1999. <http://www.icftu.org/www/english/els/escl99BWRGTS.pdf>, 29.9.2005.
- International Forum on Globalization (2002): Alternatives to Economic Globalization. A Better World is Possible, A Report of the Alternative Task Force of the International Forum on Globalization. San Francisco.
- Jawara, F./Kwa, A. (2003): Behind the scenes at the WTO: the real world of international trade negotiations. London & New York: Zed Books.

- Kaufmann, S. (2005): Rezension von „Bello, Walden, De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, VSA, Hamburg 2005“ In: *Das Argument* 261 (Heft 3), 425ff.
- Klein, Naomi (2002): *Fences and Windows. Dispatches from the Front Lines of the Globalization Debate*. New York: Harper and Collins.
- Köhler, G. (1999): Global Keynesianism and Beyond. In: *Journal of World Systems Research* Vol. V (2), 253-274.
- Lal Das, B. (2003): *The WTO and the Multilateral Trading System. Past, Present and Future*. Malaysia and London: Zed Books.
- OXFAM (2002): *Rigged Rules and Double Standards*. [http://www.maketrade-fair.com/assets/Report\\_English.pdf](http://www.maketrade-fair.com/assets/Report_English.pdf), 29.9.2005.
- Raffer, K. (1994): Disadvantaging Comparative Advantages: The Problem of Decreasing Returns. In: Prendergast, Renée/Stewart, Frances (eds.): *Market Forces and World Development*. London & Basingstoke/New York: Macmillan/St. Martin's Press, 75-90.
- Raffer, K. (1991): Siphoning Off Resources from the Periphery: The Relevance of Raúl Prebisch's Thinking for the Eighties. In: Singer, H.W./Hatti, N./Tandon, R. (eds.): *New World Order Series*. Vol. 9: *Aid and External Financing in the 1990s*. New Dehli: Indus, 583-606.
- Sauer, Thomas (2004): Globaler Keynesianismus versus Deglobalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen. In: Biesecker, A./Büschler, M./Sauer, Th./Stratmann-Mertens, E. (Hg.): *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún*. Hamburg: VSA, 53-69.
- Singh, A. (2002): Aid, Conditionality and Development, In: *Development and Change* 2 (33), 295-305.
- Singh, A./Zammit, J.A. (2004): Labour Standards and the 'Race to the Bottom': Rethinking Globalization and Workers' Rights from Developmental and Solidaristic Perspectives. In: *Oxford Review of Economic Policy* 20 (1), 85-104.
- Singh, A. (2005): Special and Differential Treatment: The Multilateral Trading System and Economic Development in the Twenty-first Century. In: Gallagher, Kevin P. (ed): *Putting Development First*. London: Zed Books, 233-263.
- Stiglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung*. Berlin: Siedler.
- Sutherland, P. et al. (2004): *The Future of the WTO. Addressing institutional challenges in the new millenium*. Report by the Consultative Board to the Director-General Supachai Panitchpakdi, World Trade Organisation. Geneva.
- Unmüßig, B. (2004): *Wie weiter nach Cancún?* Heinrich Böll-Stiftung, Januar 2004. <http://www.boell.de>, 29.9.2005.
- Van der Pijl, K. (1998): *Transnational Classes and International Relations*. London: Routledge.
- WWF (2003): WWF's preliminary recommendations to the EU following the failure of the Fifth WTO Ministerial, World-Wide Fund for Nature, o.O., October 2003. <http://www.panda.org/downloads/policy/wwfrecommendationstoeuontra.de.pdf>, 29.9.2005.

## Abstracts

Dieser Artikel untersucht die Positionen der globalisierungskritischen bzw. besser alter-mondialistischen Bewegung zur internationalen Handelsgovernance. Es werden idealtypisch zwei inhaltliche Strömungen unterschieden. Die reformistische Strömung umfasst Gewerkschaften, NGOs, sozialdemokratisch und grün orientierte Think-Tanks und einen Teil von Attac. Ihr geht es um eine Re-Regulierung und sozialere Gestaltung der globalen Wirtschaftsbeziehungen. Bzgl. der WTO vertritt sie eine Reformagenda. Dazu gehören v.a. eine Demokratisierung der WTO und die stärkere Berücksichtigung von Entwicklungsaspekten, Umwelt und Sozial- bzw. Arbeitsstandards. Die radikale Strömung umfasst v.a. NGOs und soziale Bewegungen aus dem Süden. Sie glaubt nicht an die Reformierbarkeit der WTO als institutionelles Zentrum der neoliberalen Globalisierung. Ihr Ziel ist daher die Schwächung bzw. Zerschlagung der WTO und der Aufbau einer alternativen internationalen Wirtschaftsgovernance. Dadurch sollen Freiräume für stärker lokal bzw. regional orientierte Wirtschaftssysteme geschaffen werden. Der Beitrag schließt mit Überlegungen zu den Zukunftsaussichten der alter-mondialistischen Bewegung.

This article analyses the positions of the alter-mondialist movement with regard to international trade governance. Two conceptual currents are distinguished: a reformist current comprising trade unions, NGOs, think-tanks with a social-democratic or green orientation, as well as part of Attac. Its central goal is to re-regulate the global economy in order to make it socially sustainable. In relation to the WTO it argues for profound reforms. These contain in particular an organisational democratisation, the promotion of developmental aspects, and the inclusion of environmental and social/labour standards. The radical current comprises a variety of NGOs and social movements, especially from the South. It considers the WTO to be the institutional centre of neo-liberal globalisation and negates any possibility to reform it. Its prime goal is to weaken and marginalise the WTO, respectively. Instead, an alternative international system of economic governance is envisaged. Thus, spaces of autonomy for locally and regionally oriented economic systems shall be created. The article concludes with some reflections on the future perspectives of the alter-globalist movement.

Dr. Werner Raza  
AK Wien, Prinz Eugen Straße 20-22, A-1040 Wien  
werner.raza@akwien.at